

Kinder und Familien unterstützen – Maßnahmen gegen Kinderarmut priorisieren

Auswertung und politische Einordnung der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern im Zeitraum Dezember 2024 – Januar 2025

Berlin, Januar 2025

Vorbemerkungen

Im Dezember 2024 und Januar 2025 hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Auftrag von Save the Children Deutschland e.V. eine Umfrage unter 1005 Eltern minderjähriger Kinder in Deutschland zum Thema Kinderarmut und sozialer Teilhabe durchgeführt. In diesem Dokument folgt eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse aus Sicht von Save the Children Deutschland und damit verbundene politische Ableitungen.

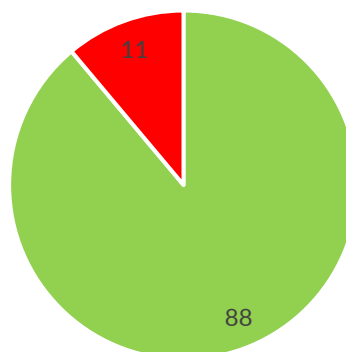
Für die Kinderrechtsorganisation wird durch die Umfrage erneut bestätigt: Maßnahmen gegen Kinderarmut müssen eine der Prioritäten der nächsten Bundesregierung sein. Bei den Bundestagswahlen 2025 müssen die Parteien daher ihre Konzepte in der Öffentlichkeit aufzeigen und nach den Wahlen wirksam und umfassend handeln.

Nach der Auswertung von Save the Children folgt die Übersicht über die durch forsa bereitgestellten Ergebnisse.

Einordnung wesentlicher Ergebnisse durch Save the Children

Kinderarmut – der Handlungsdruck ist groß

Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: „Kinderarmut ist ein drängendes Problem, das die nächste Bundesregierung vorrangig angehen sollte.“ Stimmen Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zu? - Angaben in Prozent



■ Stimme voll und ganz/ eher zu

■ Stimme eher/ überhaupt nicht zu

88 Prozent aller Befragten stimmen der Aussage zu, dass Kinderarmut ein drängendes Problem sei, das die nächste Bundesregierung vorrangig angehen solle. Auch bei der Betrachtung der einzelnen Einkommensgruppen liegen die Zustimmungswerte durchgängig bei über 80 Prozent.

Eltern in Deutschland wünschen sich demnach mit überragender Mehrheit, dass die nächste Bundesregierung der Bekämpfung der Kinderarmut hohe Priorität einräumt. Für Save the Children ist klar, dass Bundestag und Bundesregierung diese Unterstützung durch Eltern in nachhaltige, gesamtheitliche und zielgenaue Maßnahmen umsetzen müssen. Die Parteien sollten noch im Wahlkampf ihre Konzepte aufzeigen und nach der Wahl mit Hochdruck an Lösungen arbeiten. Für Save the Children braucht es ein Gesamtkonzept, das u. a. präventive Maßnahmen, Investitionen in Bildung und Arbeitsförderung, eine Stärkung der sozialen Infrastruktur sowie eine verbesserte monetäre Unterstützung beinhaltet.

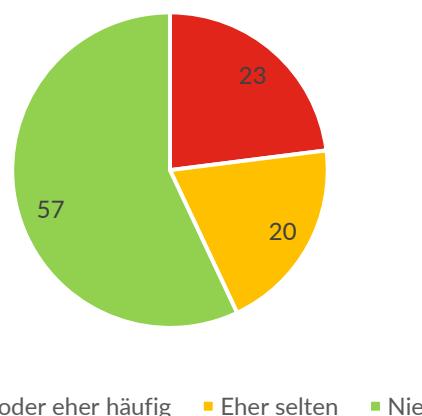
Dass jedes fünfte Kind in Deutschland von Armut betroffen ist, kann für niemanden hinnehmbar sein.

Kinderarmut bedeutet Benachteiligung in nahezu allen Lebensbereichen. Armut betrifft dadurch eine Reihe von in der UN Kinderrechtskonvention (UN-KRK) festgehaltenen Kinderrechten (Auswahl):

- Artikel 3 UN-KRK: Wohl des Kindes
- Artikel 26 UN-KRK: Recht auf soziale Sicherheit
- Artikel 27 UN-KRK: Recht auf angemessenen Lebensstandard
- Artikel 28 UN-KRK: Recht auf Bildung
- Artikel 31 UN-KRK: Recht auf Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben

Gesundheitsgefährdung durch zu hohe Lebensmittelpreise

Kommt es sehr häufig, eher häufig, selten oder nie vor, dass Sie aus finanziellen Gründen auf den Kauf von gesunden, ausgewogenen, häufig dann auch teureren Lebensmitteln wie z. B. Vollkornprodukte, Obst oder Gemüse verzichten? - Antworten der untersten untersten Einkommensgruppe (unter 3000 Euro Haushaltsnettoeinkommen), in Prozent



23 Prozent der befragten Eltern aus der untersten Einkommensgruppe (unter 3000 Euro monatliches Haushaltsnettoeinkommen) geben an, aus finanziellen Gründen sehr oder eher häufig auf den Kauf von gesunden und ausgewogenen Lebensmitteln zu verzichten. Mit steigendem Einkommen sinkt dieser Anteil von 12 Prozent bei der mittleren Einkommensgruppe (3000 bis unter 4500 Euro monatliches Haushaltsnettoeinkommen) auf 5 Prozent bei der höchsten Einkommensgruppe (über 4500 Euro). Eltern, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben, geben zudem häufiger an, zu verzichten (18 Prozent) als Eltern, die mit Partner*innen zusammenleben (8 Prozent).

Hohe Lebensmittelpreise bringen vor allem Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen in eine gesundheitsgefährdende Situation, in der nicht sichergestellt werden kann, dass sie alle Nährstoffe zu sich nehmen können, die sie für eine gesunde Entwicklung benötigen. Langfristige gesundheitliche Einschränkungen, wie Störungen des Fett- und Zuckerstoffwechsels und folglich Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, können die Folge sein.¹ Die Umfrage bestätigt damit Befunde über die in der Öffentlichkeit oft übersehenen Gefahren der Ernährungsarmut in Deutschland.²

Save the Children hält es für nicht hinnehmbar, dass eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt nicht in der Lage ist, zu garantieren, dass jedes Kind ausreichend ernährt werden kann. Die in den letzten Jahren stark gestiegenen Lebensmittelpreise bedeuten eine Gefahr für die Gesundheit von Kindern. Die nächste Bundesregierung muss sicherstellen, dass ausreichende und ausgewogene Ernährung für alle Familien leistbar ist. Dazu gehören insbesondere Familien im Bürgergeld. Denn wissenschaftliche Studien und Gutachten zeigen klar auf, dass die in der Grundsicherung für Ernährung vorgesehenen Mittel eindeutig nicht ausreichend sind.³

Insbesondere betroffene Kinderrechte:

- Artikel 24 UN-KRK: Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit
- Artikel 27 UN-KRK: Recht auf angemessenen Lebensstandard

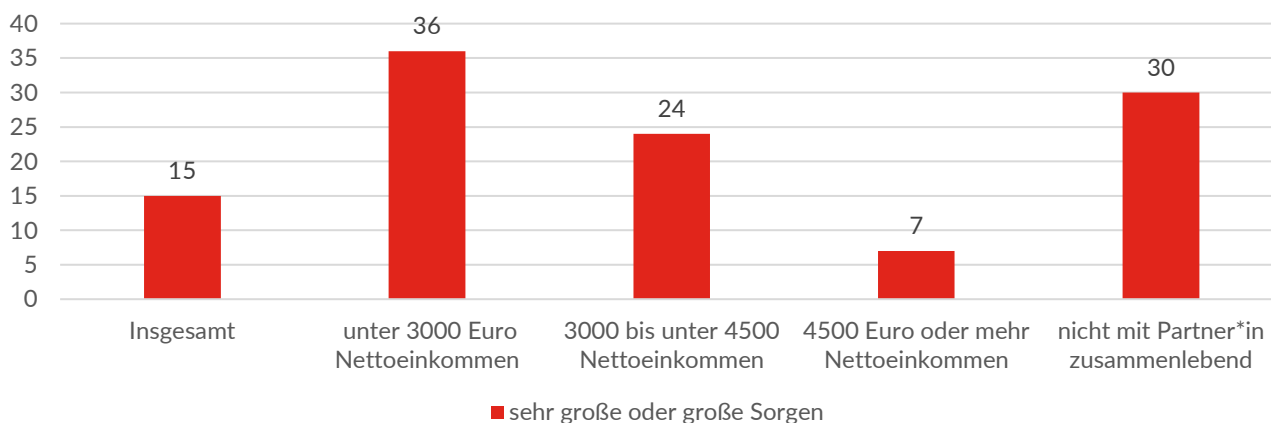
¹ Vgl. [Ernährungsarmut bei Kindern- BZfE](#)

² Vgl. z. B. [Politik für eine nachhaltigere Ernährung](#)

³ Vgl. z. B. [Affordability of Different Isocaloric Healthy Diets in Germany—An Assessment of Food Prices for Seven Distinct Food Patterns](#)

Finanzielle Zukunftssorgen: Angst, dass es nicht mehr reicht zum Leben

Wenn Sie auf das Jahr 2025 blicken: Machen Sie sich da sehr große, große, weniger große oder keine Sorgen, dass Sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse Ihrer Familie wie z. B. Kleidung, Nahrung oder Kosten für Wohnen und Heizen nicht oder nicht oder nicht oder nicht mehr ausreichend decken können? - Antworten verschiedener Merkmalsgruppen für "sehr große Sorgen" oder "große Sorgen", in Prozent



Deutschland ist ein reiches Land, in dem es der absoluten Mehrheit der Bevölkerung gut geht. Dennoch sorgt sich ein nicht zu vernachlässigender Teil der Eltern, 2025 selbst die Grundbedürfnisse der eigenen Familie nicht mehr decken zu können.

15 Prozent der befragten Eltern geben an, sich sehr große oder große Sorgen zu machen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie nicht oder nicht mehr ausreichend decken können. Am meisten Sorgen herrschen bei der untersten Einkommensgruppe (unter 3000 Euro monatliches Haushaltsnettoeinkommen) und Eltern, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben.

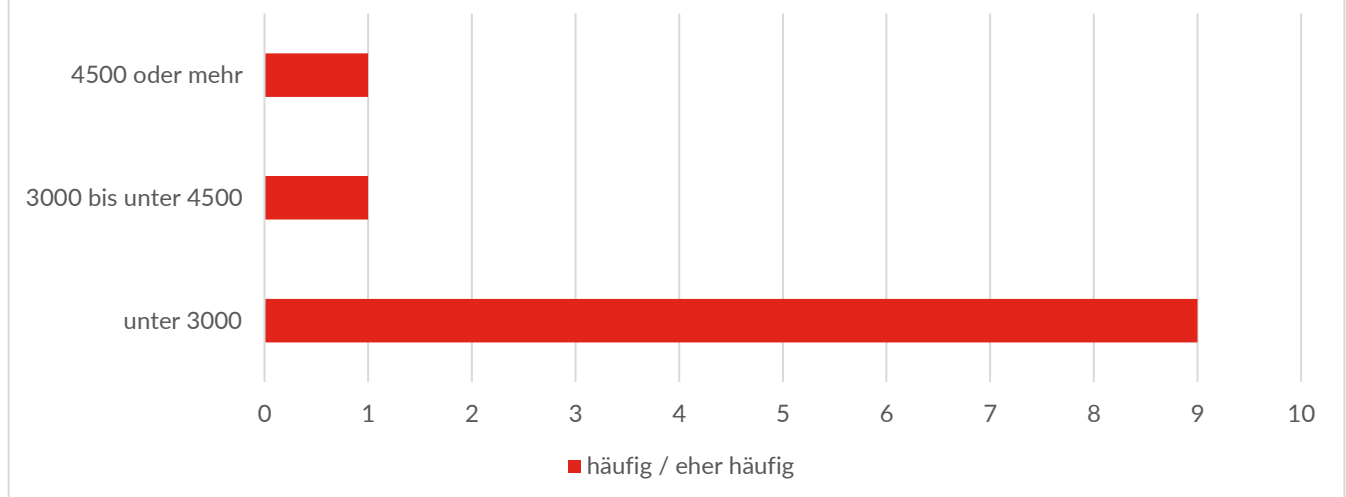
Diese Sorgen sollte Politik ernst nehmen. Neben den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Grundlagen für existenzsichernde Beschäftigungsmöglichkeiten von Eltern muss die nächste Bundesregierung auch ein sozialpolitisches Signal senden, dass sich alle Menschen, Familien, Kinder in der Not auf einen funktionierenden Sozialstaat verlassen können. Dazu gehört für Save the Children, dass notwendige Reformen, die mit der Kindergrundsicherung angestoßen werden sollten, jetzt nicht ad Acta gelegt werden. Weiterhin braucht es eine Bündelung und Vereinfachung der Unterstützungsleistungen für Familien und Kinder, die mit einem realistisch neu berechneten, Teilhabe und Gesundheit ermöglichendem Existenzminimum bei allen Kindern ankommen müssen.

Insbesondere betroffene Kinderrechte:

- Artikel 24 UN-KRK: Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit
- Artikel 26 UN-KRK: Recht auf soziale Sicherheit
- Artikel 27 UN-KRK: Recht auf angemessene Lebensbedingungen
- Artikel 31 UN-KRK: Recht auf Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben

Ausgrenzungserfahrungen bei Kindern

Kommt es sehr häufig, eher häufig, eher selten oder nie vor, dass Ihr Kind traurig ist oder sich ausgeschlossen fühlt, weil es aus finanziellen Gründen zum Beispiel nicht an bestimmten Freizeitaktivitäten oder Hobbys teilnehmen konnte? - Antworten "sehr häufig" oder "eher häufig" nach monatlichem Haushaltneutoeinkommen, in Prozent



Dass Eltern beobachten, dass ihre Kinder sehr häufig oder eher häufig traurig sind oder sich ausgeschlossen fühlen, weil sie aus finanziellen Gründen zum Beispiel nicht an bestimmten Freizeitaktivitäten oder Hobbys teilnehmen konnten, kommt insgesamt sehr selten vor (2 Prozent der befragten Eltern).

Dennoch sollte diese Zahl nicht darüber hinwegtäuschen, dass der sozio-ökonomische Status von Eltern einen Einfluss auf die mentale Gesundheit von Kindern hat. Die Umfrageergebnisse zeigen: In der untersten Einkommensgruppe ist es fast jedes zehnte Elternteil (9 Prozent der Befragten), also ein neunfach höherer Prozentwert als bei den anderen Einkommensgruppen (je 1 Prozent), das die Antwortmöglichkeiten sehr häufig oder eher häufig angibt. Dieser Unterschied deckt sich mit wissenschaftlichen Befunden, die aufzeigen, dass Armut die psychische Gesundheit von Kindern gefährdet: Das Risiko psychisch zu erkranken ist laut Deutschem Jugendinstitut (DJI) bei Kindern aus finanziell benachteiligten Familien zwei bis drei Mal so hoch wie bei Kindern, deren Eltern einen hohen sozioökonomischen Status haben.⁴

Gesundheits- und Teilhabechancen sind viel zu stark mit dem finanziellen Hintergrund der Eltern verknüpft. Armutsbekämpfung bedeutet daher auch Gesundheitsschutz.

Insbesondere betroffene Kinderrechte:

- Artikel 24 UN-KRK: Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit
- Artikel 31 UN-KRK: Recht auf Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben

⁴ [DJI - Armut gefährdet die psychische Gesundheit von Kindern](#)

Politische Forderungen von Save the Children

- **Eine einfach zugängliche und teilhabesichernde Grundsicherung für alle Kinder**

Das Scheitern der Kindergrundsicherung in der auslaufenden Legislaturperiode darf kein Ende von Reformbemühungen sein. Weiterhin braucht es eine verbesserte monetäre Unterstützung für armutsgefährdete und -betroffene Kinder und ihre Familien. Save the Children hält am Zielbild einer Kindergrundsicherung⁵ fest und fordert eine Vereinfachung und Bündelung kinderspezifischer Sozialleistungen sowie eine zielgenauere Unterstützung von armutsbetroffenen Familien und Haushalten mit niedrigem Einkommen. Das „sozio-kulturelle Existenzminimum“ bzw. die Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung müssen so angepasst werden, dass sie Teilhabe sowie ein gesundes Aufwachsen ermöglichen.

- **Gesunde Ernährung für alle Kinder**

Save the Children fordert die nächste Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit jedes Kind in Deutschland gesund ernährt werden kann. Dazu müssen Lebensmittelpreise und Lohnniveau in ein Verhältnis gebracht werden, in dem sich jede Familie den Konsum von ausreichenden und gesunden Lebensmitteln leisten kann. Zudem setzt sich die Kinderrechtsorganisation dafür ein, dass jedem Kind in Deutschland eine qualitativ hochwertige und kostenfreie Mahlzeit in Bildungseinrichtungen angeboten wird.⁶ Für Kinder, die in Haushalten im Grundsicherungsbezug (insb. Bürgergeld) leben, müssen die Regelsätze so angehoben werden, dass eine ausgewogene Ernährung mit den dafür vorgesehenen Mitteln möglich ist.

- **Eine politische Gesamtanstrengung gegen Kinderarmut**

Seit Jahren stagnieren die Kinderarmutszahlen auf hohem Niveau und auch die Umfrage macht aus Sicht von Save the Children erneut deutlich, dass es eine Gesamtanstrengung gegen Kinderarmut und für mehr soziale Teilhabe braucht. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“⁷ zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder. Der Bund sollte dieses Instrument stärken und mit finanziellen Mitteln ausstatten, um neue Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe von Kindern zu entwickeln. Zudem müssen alle föderalen Ebenen an einem Strang ziehen und gemeinsam an einer kohärenten Gesamtantwort auf die hohe Kinderarmut arbeiten.⁸ Es braucht sowohl eine armutsvermeidende Arbeitsmarktpolitik als auch monetäre Maßnahmen zur Vermeidung von Armut, Investitionen in die soziale Infrastruktur (vielfältige soziale

⁵ Vgl. Konzept des Bündnis Kindergrundsicherung, dem Save the Children Deutschland angehört: https://kinderarmut-hat-folgen.de/wp-content/uploads/2023/04/Konzept-KGS_01_24.pdf sowie Stellungnahme Save the Children zum Regierungsentwurf einer Kindergrundsicherung: Stellungnahme_Regierungsentwurf_Kindergrundsicherung_Save_the_Children_27.10.23.pdf

⁶ Vgl. auch Empfehlungen des Bürgerrats Ernährung im Wandel: [Deutscher Bundestag Drucksache 20/10300 -- Bürgergutachten: Empfehlung des Bürgerrates "Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und städtischen Aufgaben" an den Deutschen Bundestag](Deutscher_Bundestag_Drucksache_20/10300_-_Bürgergutachten_Empfehlung_des_Bürgerrates_\) sowie Vorgaben der Europäischen Garantie für Kinder [Europäische Garantie für Kinder - Europäische Kommission](Europäische_Garantie_für_Kinder_-_Europäische_Kommission)

⁷ Vgl. <save-the-children-e-v-stc--data.pdf>

⁸ Vgl. Ratschlag Kinderarmut 2024: Ratschlag_2024_gemeinsamer_Appell_final_240905.pdf

Unterstützungsangebote für Kinder und Familien), Bildung und Zugang zu leistbarem Wohnraum und (insbesondere mentaler) Gesundheitsversorgung. Bei allen Maßnahmen sollten besonders armutsgefährdete Gruppen, insbesondere Alleinerziehende, wie auch diese Umfrage zeigt, gezielt in den Blick genommen werden.

Ansprechpartner:

Eric Großhaus
Advocacy Manager Kinderarmut und soziale Ungleichheit
eric.grosshaus@savethechildren.de

Kinderarmut

Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Vorbemerkung

Im Auftrag von Save The Children hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative bundesweite Befragung unter Eltern zum Thema Kinderarmut durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.005 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Eltern von Kindern unter 18 Jahren befragt.

Die Erhebung wurde vom 11. Dezember 2024 bis 10. Januar 2025 im Rahmen im Rahmen der täglichen telefonischen Mehrthemenumfrage forsa.omnitel durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

1 Verzicht auf gesunde, ausgewogene Lebensmittel

Fast jedes zehnte Elternteil (9 %) gibt an, dass es sehr bzw. eher häufig vorkommt, dass sie aus finanziellen Gründen auf den Kauf von gesunden, ausgewogenen, häufig dann auch teureren Lebensmitteln wie z. B. Vollkornprodukte, Obst oder Gemüse verzichten. Fast jedes fünfte Elternteil (19 %) gibt an, dass dies selten vorkommt.

71 Prozent der Eltern geben an, dass sie nie aus finanziellen Gründen auf den Kauf solcher Lebensmittel verzichten.

Zumindest selten verzichten insbesondere die Befragten mit Haushaltsnettoeinkommen von unter 4.500 Euro auf den Kauf gesunder, ausgewogener Lebensmittel. Bei den geringverdienenden Haushalten kommt dies sogar bei jedem Vierten häufig vor.

Auf den Kauf gesunder, ausgewogener Lebensmittel verzichten zudem etwas häufiger als der Durchschnitt aller Eltern die alleinstehenden Elternteile.

Verzicht auf gesunde, ausgewogene Lebensmittel?

Es kommt vor, dass sie aus finanziellen Gründen auf den Kauf von gesunden, ausgewogenen, häufig dann auch teureren Lebensmitteln verzichten

		sehr/eher häufig	eher selten	nie
		%	%	%
insgesamt		9	19	71
Ost		11	23	66
West		9	19	72
Männer		10	18	72
Frauen		9	20	71
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	7	18	75
	20.000 bis unter 100.000	10	20	70
	mindestens 100.000	11	21	68
Haushaltsnettoein- kommen (in Euro):	unter 3.000	23	20	57
	3.000 bis unter 4.500	12	30	57
	4.500 oder mehr	5	15	80
Zusammenleben mit Partner:	ja	8	19	73
	nein	18	21	61
Kinder im Haushalt:	1	10	18	72
	2	6	21	73
	3 und mehr	13	15	72

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

2 Teilnahme an Freizeitaktivitäten und Hobbys

Nur wenige Eltern (2 %) geben an, dass es sehr bzw. eher häufig vorkommt, dass ihr Kind traurig ist oder sich ausgeschlossen fühlt, weil es aus finanziellen Gründen zum Beispiel nicht an bestimmten Freizeitaktivitäten und Hobbys teilnehmen konnte. Bei 10 Prozent kommt dies eher selten vor, bei 82 Prozent nie.

Teilnahme an Freizeitaktivitäten und Hobbys

Es kommt vor, dass ihr Kind traurig ist oder sich ausgeschlossen fühlt, weil es aus finanziellen Gründen zum Beispiel nicht an bestimmten Freizeitaktivitäten oder Hobbys teilnehmen konnte

		sehr/eher häufig	eher selten	nie
		%	%	%
insgesamt		2	10	82
Ost		2	10	79
West		2	10	82
Männer		2	11	81
Frauen		2	9	83
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	2	8	84
	20.000 bis unter 100.000	2	12	80
	mindestens 100.000	2	11	80
Haushaltsnettoein- kommen (in Euro):	unter 3.000	9	10	74
	3.000 bis unter 4.500	1	17	72
	4.500 oder mehr	1	8	88
Zusammenleben mit Partner:	ja	1	10	82
	nein	9	11	78
Kinder im Haushalt:	1	2	7	82
	2	1	11	84
	3 und mehr	2	15	81

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „Kind ist noch zu klein“

3 Finanzielle Zukunftssorgen

Mit Blick auf das Jahr 2025 machen sich 15 Prozent der Eltern (sehr) große Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie wie z. B. Kleidung, Nahrung oder Kosten für Wohnen und Heizen nicht oder nicht mehr ausreichend decken können. 29 Prozent machen sich diesbezüglich weniger große, 56 Prozent keine Sorgen.

Sorgen machen sich am ehesten die Haushalte mit Einkommen von unter 3.000 bzw. unter 4.500 Euro sowie die Alleinstehenden.

Finanzielle Zukunftssorgen

Wenn sie auf das Jahr 2025 blicken, machen sich Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie nicht oder nicht mehr ausreichend decken können

		(sehr) große %	weniger große %	keine %
insgesamt		15	29	56
Ost		18	30	51
West		15	28	57
Männer		14	28	58
Frauen		17	29	54
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	16	28	56
	20.000 bis unter 100.000	14	32	54
	mindestens 100.000	16	26	57
Haushaltsnettoein- kommen (in Euro):	unter 3.000	36	31	33
	3.000 bis unter 4.500	24	32	44
	4.500 oder mehr	7	27	66
Zusammenleben mit Partner:	ja	13	28	59
	nein	30	32	38
Kinder im Haushalt:	1	16	32	51
	2	14	25	61
	3 und mehr	17	23	59

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4 Kinderarmut als drängendes Problem?

Die große Mehrheit der Befragten (88 %) stimmt der Aussage, Kinderarmut sei ein drängendes Problem, das die nächste Bundesregierung vorrangig angehen sollte, voll und ganz bzw. eher zu. Nur 11 Prozent stimmen eher bzw. überhaupt nicht zu.

In dieser Einschätzung sind sich die Befragten weitgehend einig.

Kinderarmut als drängendes Problem?

Es stimmen der Aussage zu: "Kinderarmut ist ein drängendes Problem, das die nächste Bundesregierung vorrangig angehen sollte."

		voll und ganz/eher %	eher/überhaupt nicht %
insgesamt		88	11
Ost		86	12
West		88	10
Männer		85	14
Frauen		91	7
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	86	12
	20.000 bis unter 100.000	89	8
	mindestens 100.000	88	11
Haushaltsnettoein- kommen (in Euro):	unter 3.000	81	10
	3.000 bis unter 4.500	89	10
	4.500 oder mehr	88	11
Kinder im Haushalt:	1	88	10
	2	90	9
	3 und mehr	81	16

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe